

Die Blockchain revolutioniert die Welt

Gemeinsam mit der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) veranstaltete das BRZ ein DIMCA-Netzwerk-Treffen. Expertinnen und Experten sprachen zum Thema „Blockchain in der öffentlichen Verwaltung“ über ihre Erfahrungen, Erwartungen und Anforderungen an die neue Technologie.



Wegbereiter. Mit einer Blockchain könnten viele Prozesse abgesichert durchgeführt werden – transparent und fälschungssicher. Wo lässt sich die neue Technologie in der Verwaltung sinnvoll einsetzen? „Das BRZ versteht sich bei den DIMCA-Workshops als Enabler, der den Anstoß zu neuen Lösungen gibt, die dann mit neuesten Technologien wie eben der Blockchain entwickelt werden können“, führt Matthias Lichtenthaler, Bereichsleiter Digitale Transformation im BRZ, aus. „Es gibt Anwendungsfälle, die uns ohne die Blockchain-Technologie niemals eingefallen wären, und solche, die ohne Blockchain nicht umsetzbar wären.“ Das BRZ beispielsweise testet derzeit Konzepte zur E-Zustellung auf Basis der Blockchain.



Chance auf mehr Effizienz

Heinrich Pfriemer, SAP Österreich, stellt einige weitere Anwendungsfälle in der Verwaltung vor, darunter ein Register von Universitätszeugnissen sowie Beneficiary Tracking (Nachverfolgung von Geldleistungen) für die UNO. Die OeKB hat die neue Technologie bereits in einem Konzept geprüft und eingesetzt. Heinz Wachmann, Geschäftsführer OeKB Business Services, meint: „Eine Blockchain bietet die Chance, zahlreiche Prozesse, die hinter den Kapitalmarktaktivitäten

stecken, noch effizienter, kostengünstiger, sicherer und rascher durchzuführen.“ Aber auch für die Bürger/innen könnte die Blockchain Nutzen bringen: Eine elektronische Dokumentenmappe sowie die Kreation einer sicheren digitalen Identität sind Konzepte, die derzeit geprüft werden.

Potenzial zur Optimierung

„Planen und Bauen von Anlagen einerseits, Nutzen und Betreiben andererseits sind heute meist nicht optimal

verknüpft“, erläutert Ernst Heger, CIO, ÖBB Infrastruktur AG. „Die Blockchain ist eine der Technologien, die helfen können, diese Lücke zu schließen. Sie kann ein Optimierungspotenzial aufgrund einer integrierten Datenkette bieten.“ Smart Contracts, selbstausführende Verträge, sind ein weiterer Anwendungsfall, der einen bisher notwendigen Intermediär (z. B. Notarin/Notar) ausschließt. Rechtlich sind hier noch viele Fragen offen, wie Ines Freitag, CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte GmbH, erklärt: „Ein Smart Contract ist weder smart noch ein Vertrag, er ist zuvorderst Software. Er enthält meist nur die Hauptleistung und keine sonstigen Regelungen, d. h., je komplexer ein Smart Contract, desto mehr Lücken und Fehler kann er aufweisen.“ Es wird daher in vielen Fällen immer noch ein Gericht brauchen, um Recht durchzusetzen.

Das Ziel von DIMCA

Die Digital Information Management Community Austria - kurz DIMCA - versteht sich als Fachnetzwerk im Zeitalter der digitalen Transformation. Der Fokus liegt dabei auf einem regelmäßigen Know-how-Austausch zwischen der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft sowie der ideellen Förderung gemeinsamer Projekte. Ziel ist, aus konkreten Best Practices weitergreifende Business Cases für die beteiligten Organisationen und Unternehmen abzuleiten und gemeinsam umzusetzen.



„Es gibt Anwendungsfälle, die uns ohne die Blockchain-Technologie niemals eingefallen wären, und solche, die ohne Blockchain nicht umsetzbar wären.“

Matthias Lichtenthaler, BRZ



Das Netzwerk-Treffen war gut besucht. Expertinnen und Experten nutzten die Veranstaltung zum regen Austausch.

Rechtliche Grundlagen schaffen

An der anschließenden Diskussion nahm auch Christian Piska, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, teil. Er sieht die Blockchain als Chance, „die Welt zu revolutionieren und sinnlose Kommunikationsstrukturen obsolet zu machen.“ Es sind allerdings noch viele Fragen offen. Einerseits, in welchen rechtlichen Rahmen Blockchain zu setzen ist, andererseits auch der Umgang mit enormen, unveränderbaren Datenmengen. Das Recht auf Löschung von Daten kann ein Hindernis für den Einsatz von Blockchain sein. Fazit: Die Verwaltung kann enorm von der Blockchain profitieren, es braucht aber neue rechtliche Grundlagen, um die Potenziale zu realisieren. ■

BRZ-Aktivitäten rund um die Blockchain

Blockchain bietet als Basis-Technologie große und vielversprechende Chancen. Auch die Verwaltung hat das Potenzial der Technologie erkannt. Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat in Kooperation mit der heimischen Bitcoin- und Blockchain-Industrie eine „Blockchain Roadmap“ für Österreich ausgearbeitet. Um die verschiedenen Aktivitäten zum Thema in Österreich sichtbar zu machen, wurde vom Bundeskanzleramt ein Blockchain-Village ins Leben gerufen. Als Partner dieser virtuellen Gemeinde hat das BRZ den Ortsnamen „Kettenbruck“ kreiert. Im Rahmen dieses Netzwerks werden Anwendungsfälle der Blockchain-Technologie betrachtet und Fachleute können sich zu diesem Thema austauschen.

In Sachen Blockchain versteht sich das BRZ als Enabler, der den Anstoß zu Pilot-Projekten gibt und sich dann gemeinsam mit seinen Kunden aus der Verwaltung aktiv daran beteiligt. Mit dem Finanzministerium wird evaluiert, ob sich die E-Zustellung mit einer Blockchain optimieren lässt. Das Wirtschaftsministerium arbeitet mit dem BRZ daran, Register-Lösungen mittels Blockchain abzusichern.